

preussische Volk sich Eins weiß mit seinem Könige und sich mit ihm Eins wissen will für alle Zeit, so kann sie auch nur von der Ueberzeugung durchdrungen sein, daß, so sehr die Ansichten über den Entwicklungsgang in der Ausbildung einzelner Theile der Gesetzgebung zeitweise auseinandergehen mögen, doch der innere Frieden unter dem landesväterlichen Regiment Sr. Maj. des Königs unserem Vaterlande stets gesichert bleiben und auch den schwebenden legislativen Aufgaben durch ein patriotisches und entgegenkommendes Zusammenwirken, zu welchem die Staatsregierung bereits in der Eröffnungsrede aufgefordert hat, im verfassungsmäßigen Wege eine befriedigende Erledigung zu Theil werden wird.

Berlin, 4. Juni. Die Zeidl. Korr. bringt heute einen, wie sie behauptet, zuverlässigen Bericht über den Empfang der reaktionären Deputationen beim Könige. Ihr zufolge hätte der König gesagt: „Man hat die Lüge verbreitet, als wollte Ich den Rückschritt; es kann aber ein Jeder begreifen, daß dem nicht so ist. Die Verfassung, die Mein Bruder gegeben und beschworen hat und die Ich auch beschworen habe, diese Verfassung umstürzen und nach früheren Principien regieren, kann und will Ich nicht. Ich will einen vernünftigen geregelten Fortschritt. Die Personen aber, welche die Wahlen angenommen haben, wollen Ueberstürzung, wollen Parlament und Königthum; Ich aber will Königthum und Parlament, anders geht es nicht in einem Staate wie Preußen. Diejenigen, die das Volk verführen, sind Meine Feinde. Wie man mit den Leuten fertig wird, muß man nun erst einmal sehen. Ich hoffe, daß es Mir gelingen wird, mit der bewährten Treue Meines Volkes es dahin zu bringen, daß wieder das alte Verhältniß zwischen Mir und Meinem Volke hergestellt werde. Ich danke freundlich für den treuen Sinn Meines Volkes, der sich in Ihren Kreisen bis jetzt noch bewährt hat und Ich werde wie immer ein landesväterliches Herz Meinem Volke bewahren.“

Von den Deputationen, die aus Minden-Ravensberg kürzlich zur Ueberreichung von Adressen an des Königs Majestät abgesandt sind, soll ein Mitglied, welches von Berlin zurückgekehrt ist, Folgendes erzählt haben: Se. Maj. habe die Adresse und die Anrede der Deputation huldreichst entgegengenommen. Allerhöchst-dieselben hätten geantwortet, wie Sie es dankbar an-

erkennen, daß ein Theil Seiner getreuen Unterthanen von Minden-Ravensberg Ihm ihre Treue auf diese Weise bekunden wollten; wenn dagegen gemeint werde, die sogenannten Fortschrittsmänner wären eine Gefahr für den Thron, so müsse Er bemerken, daß Er unter diesen Männer von bravem u. treuem Character wisse, die ebenfalls nur das Beste des Staates wollten. — Eine Gefahr für den Thron könne Er nicht finden und habe Er ja Mittel in den Händen, Ausschreitungen und Ueberstürzungen entgegen zu treten.

Herr v. d. Heydt ist jetzt thatsächlich Vorsitzender des Staatsministeriums, da Prinz Hohenlohe in Folge einer Krankheit seine Thätigkeit im Staatsministerium eingestellt hat.

Dem linken Centrum sind in letzter Zeit noch einige Mitglieder beigetreten; die deutsche Fortschrittspartei zählt 134 Mitglieder.

Berlin, 7. Juni. Die Adress-Deputation wurde heute Nachmittag 5 Uhr vom Könige empfangen. Die Antwort Sr. Majestät lautete: Ich habe die Mir so eben ausgedrückten Versicherungen der Treue und loyalen Ergebenheit gern entgegengenommen. Indem Ich wiederholt es ausspreche, daß Ich unverändert auf dem Boden der beschwornen Verfassung stehe, sowie auf dem Meines Programmes vom November 1858, und daß Ich Mich dabei in voller Uebereinstimmung mit Meinem Ministerium befinde, knüpfe Ich hieran die feste Erwartung, Ihre ausgesprochenen Gesinnungen durch die That bewährt zu sehen, und da Sie einen Satz Meines Programms von 1858 herausgehoben haben, so wollen Sie sich dasselbe Zeile für Zeile einprägen, dann werden Sie Meine Gesinnung recht erkennen.

Der König beabsichtigt nach dem Schlusse der Landtagsession auf kurze Zeit nach Baden-Baden und im Herbst wieder nach Ostende zu gehen. Vorher treffen am Hofe noch seltene Gäste ein: die japanesischen Gesandten u. der Vicekönig von Aegypten, Said-Pascha.

In einer Verfügung spricht der Minister des Innern aus, daß der Bedürfnis-Erörterung bei Anlage von Schankstätten jedenfalls eine ganz falsche Anwendung gegeben wird, wenn man selbige dazu benutzen wollte, die bessere Nahrung der bestehenden Wirthschaften gegen die Konkurrenz zu schützen. Eine Beschränkung der Zahl der Schankstätten aus Rücksichten des Gewerbeschutzes liege durchaus nicht in der Absicht der Schank-Gesetzgebung.